

## Niederschrift

### **über die 39. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Beelen am 03. März 2020 im Ausschusszimmer (EG – Raum 10) des Rathauses**

---

Unter dem Vorsitz der Bürgermeisterin Elisabeth Kammann sind anwesend:

a) als stimmberechtigte Mitglieder

Rm Hainke  
Rm Hassa  
Rm Nüßing  
Rm Pomberg  
Rm Sander  
Rm Spliethoff  
Rm Ströker  
Rm Strübbe  
Rm Suer

es fehlen entschuldigt:

Rm Uekötter

b) von der Verwaltung

Frau Bahr  
Herr Lillteicher  
Herr Rieping  
Herr Wisniewski, zugleich als Schriftführer

**Beginn: 18.00 Uhr**

**Ende: 19.58 Uhr**

---

**Tagesordnung**

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Seite</u>
I.	<b><u>ÖFFENTLICHE SITZUNG</u></b>	3
1.	EINWOHNERFRAGESTUNDE	
2.	Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen	3-5
3.	GkG-Vereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und den kreisangehörigen Kommunen bzgl. Sichtdreiecken	5
4.	Bericht der Verwaltung	6
	Anfragen von Ratsmitgliedern	6
	1. Planmäßige Sitzungen des Rates und des Haupt- und Finanzausschusses	

BM'in Kammann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest. Zur Niederschrift vom 30.01.2020 erklärt Herr Wisniewski zwei Korrekturen. Auf Seite sieben der Niederschrift lautet der Antrag von Rm Strübbe nicht, den Ansatz zur Reduzierung der Katzenpopulation auf 250 € sondern auf 2.500 € zu reduzieren. Zudem wurde der Gesamtbeschluss zum TOP I/3 nicht abgedruckt. Das Abstimmungsergebnis auf Seite 12 ist jedoch korrekt. Rm Pomberg fügt hinzu, dass unter TOP I/4 bei „Anfragen von Ratsmitgliedern“ nicht die Sitzung vom 14.09.2019 sondern vom 14.11.2019 gemeint war. Im Übrigen gibt es keine weiteren Einwendungen gegen die Sitzungsniederschrift und die Tagesordnung.

Sodann wird die Tagesordnung wie folgt erledigt.

## **I. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1 EINWOHNERFRAGESTUNDE**

-----

Keine Anfragen.

### **2. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen**

-----

SV 10a/2020

Herr Lillteicher erklärt, dass bereits alle Fachausschüsse getagt und zum Teil Änderungen beschlossen haben. Weiterhin schlägt die Verwaltung zwei Änderungen vor. Herr Rieping erklärt, dass die Bezirksregierung Münster die Rechtmäßigkeit der Landeszuweisung für Flüchtlinge überprüft hat. Hierbei hat sich herausgestellt, dass die Gemeinde Beelen im Jahr 2019 wahrscheinlich rund 56.300 € zu viel an Landeszuweisung erhalten hat. Ein abschließendes Ergebnis steht noch aus. Da die Voraussetzungen für eine Rückstellung vorliegen, wird diese im Jahresabschluss 2019 gebildet. Somit muss lediglich im Finanzplan eine Auszahlung in Höhe von 57.000 € veranschlagt werden.

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen, im Finanzplan eine Rückzahlung von Landeszuweisungen für Flüchtlinge in Höhe von 57.000 € zu bilden.

**Abstimmungsergebnis:**

**- einstimmig –**

Herr Lillteicher erklärt, dass die Nachfolgerin für eine in 2019 ausgeschiedene Mitarbeiterin die Gemeindeverwaltung zum 31.03.2020 wieder verlassen wird. Die hierfür vorgesehene Beamtenstelle im Stellenplan kann somit wieder gestrichen werden. Dafür wird eine zusätzliche Stelle der Entgeltgruppe 08 bei den tariflich Beschäftigten eingestellt.

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen, den Stellenplan wie vorgestellt zu ändern.

**Abstimmungsergebnis:**

**- einstimmig –**

Anschließend erklärt Herr Lillteicher, dass die Personalaufwendungen ebenfalls geändert werden müssen. Die Besoldungsaufwendungen werden wie folgt reduziert: 2020: 31.633,64 €, 2021: 42.788,01 €, 2022: 43.643,77 €, 2023: 44.516,66 €. Die Vergütungen tariflich Beschäftigter einschließlich Sozialversicherung werden wie folgt erhöht: 2020: 36.106,24 €, 2021: 49.826,93 €, 2022: 50.823,47 €, 2023: 51.839,93 €. Die Aufteilung der Besoldungs- und Vergütungsänderungen auf die einzelnen Produkte werden verwaltungsseits vorgenommen.

BM'in Kammann lässt über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen, die Personalaufwendungen wie vorgestellt zu ändern.

**Abstimmungsergebnis:**

**- einstimmig –**

Rm Hassa berichtet, dass der Kultur- und Sozialausschuss in seiner Sitzung beschlossen hat, den Zuschuss an den Kulturkreis auf 3.000 € zu reduzieren. In einem

Schreiben hat die Vorsitzende des Kulturkreises nun erläutert, warum der Zuschuss in Höhe von 6.000 € benötigt wird. Rm Hassa fragt nach, ob sich die Reduzierung des Zuschusses auf 3.000 € förderschädlich auswirkt. BM'in Kammann erklärt, dass bei Antragsstellung der Eigenanteil des Projektes in Höhe von 20% gesichert sein muss. Zwar erhält der Kulturkreis wahrscheinlich auch Fördermittel von weiteren Institutionen. Jedoch ist diese Förderung noch nicht gesichert. Daher soll der Zuschuss in Höhe von 6.000 € zunächst zur Verfügung gestellt werden. Der Kulturkreis würde nur die Summe abrufen, die als Eigenanteil für das Projekt benötigt wird.

Rm Pomberg erklärt, dass der Kulturkreis zunächst einen Projektantrag mit einem Investitionsvolumen von rund 60.000 € stellen wollte. Nachdem festgestellt wurde, dass ein Antrag mit einer so hohen Summe nicht geht, wollte der Kulturkreis daraus drei Förderanträge machen. Nach Rücksprache mit dem Regionalmanagement steht nun fest, dass zunächst nur ein Förderantrag mit einer Höchstsumme von 20.000 € gestellt wird und im Herbst vielleicht ein weiteren Antrag. Zudem besteht noch die Möglichkeit, finanzielle Förderungen aus anderen Quellen zu erhalten. Im Kultur- und Sozialausschuss wurde ein Zuschuss in Höhe von 3.000 € mehrheitlich beschlossen. Sollte sich herausstellen, dass der Kulturkreis einen zusätzlichen Zuschuss für einen weiteren Förderantrag benötigt, dann kann dieser im Laufe des Jahres überplanmäßig bereitgestellt werden. Daher sollte der beschlossene Zuschuss in Höhe von 3.000 € verbleiben. BM'in Kammann erklärt, dass der Kulturkreis von Anfang an von 3 Anträgen zu je 20.000 € ausgegangen ist. Herr Lillteicher fügt hinzu, dass überplanmäßige Haushaltsmittel bis 10.000 € durch die Bürgermeisterin bereitgestellt werden können. Abschließend erklärt Rm Strübbe, dass sich der Kultur- und Sozialausschuss ausdrücklich dazu bereit erklärt hat, überplanmäßige Mittel bereitzustellen, wenn diese benötigt werden.

Rm Strübbe stellt den Antrag, den Ansatz für die Sanierung der Grundschule in Höhe von 543.000 € um 80.000 € zu reduzieren. Rm Hassa erklärt, dass man sich einen gewissen Spielraum nehmen würde, wenn die finanziellen Mittel zur Sanierung der Grundschule reduziert würden. Rm Nüssing fügt hinzu, dass zunächst der Schul- und der Bau- und Planungsausschuss gemeinsam entscheiden sollen. Zudem besteht keine Verpflichtung, veranschlagte Mittel auch zu verausgaben. Rm Pomberg berichtet kurz aus dem Arbeitskreis für die Fenstersanierung der Grundschule, der vor der Ausschusssitzung getagt hat. Demnach können wahrscheinlich gar nicht alle geplanten Projekte umgesetzt werden. Der Antrag auf Reduzierung ist somit legitim. Zudem würde die Reduzierung den Haushalt entlasten. Herr Lillteicher erklärt, dass die Reduzierung des Ansatzes den Haushalt nicht entlasten würde, da in gleicher Weise die Möglichkeit der Kreditaufnahme gesenkt werden würde.

Anschließend lässt BM'in Kammann über den Antrag abstimmen, den Ansatz für die Sanierung der Grundschule um 80.000 € zu reduzieren.

**Abstimmungsergebnis:**

**- 3 Ja-Stimmen,  
6 Nein-Stimmen,  
1 Enthaltung –**

Rm Strübbe beantragt, die Erlöse aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 1.320.000 € in der mittelfristigen Finanzplanung von 2021 nach 2022 zu verschieben.

BM'in Kammann lässt über den vorgestellten Antrag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:**

**- 3 Ja-Stimmen,  
6 Nein-Stimmen,  
1 Enthaltung –**

Rm Pomberg beantragt, die Erlöse aus Grundstücksverkäufen in 2020 um 800.000 € zu erhöhen. Sowohl die Fläche für den zukünftigen Kindergarten, als auch eine Fläche im Gewerbegebiet können in 2020 noch veräußert werden.

BM'in Kammann lässt über den gestellten Antrag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:** - 4 Ja-Stimmen,  
5 Nein-Stimmen,  
1 Enthaltung –

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Beschlussvorschlag abstimmen:

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2020 mit ihren Anlagen unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:** - 6 Ja-Stimmen,  
3 Nein-Stimmen,  
1 Enthaltung –

**3. GkG-Vereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und den kreisangehörigen Kommunen bzgl. Sichtdreiecken**

-----  
SV 15/2020

BM'in Kammann führt in den Sachverhalt ein. Herr Rieping ergänzt, dass noch 32 von insgesamt 180 Kreuzungen untersucht werden müssen. Auf die Frage von Rm Ströker, wann der Kreis Warendorf eine Übersicht liefern kann, erklärt BM'in Kammann, dass darüber noch keine Auskunft gegeben werden kann.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Beschlussvorschlag abstimmen:

**Beschluss:**

Dem Abschluss der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und den kreisangehörigen Kommunen über die Durchführung von Straßenkontrollen an Einmündungen von Straßen und Wegen der Kommunen in Kreisstraßen wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** - einstimmig –

#### **4. Bericht der Verwaltung**

---

Kein Bericht der Verwaltung

Anfragen von Ratsmitgliedern

##### 1. Planmäßige Sitzungen des Rates und des Haupt- und Finanzausschusses

Rm Strübbe fragt nach, ob die planmäßigen Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 12.03.2020 und des Rates am 19.03.2020 stattfinden. BM'in Kammann erklärt, dass beide Sitzungen ausfallen werden.

BM'in Kammann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 18.56 Uhr.

